

Peter Zellmann / Sonja Mayrhofer
IFT Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

Das Sparpaket 2012: Die Verteilung der Sparmaßnahmen

- Der Begriff „Sparpaket“ ist falsch: Es geht nicht um „Sparen“, sondern um „Einsparen“.
- Der Staat spart kaum wirklich ausgabenseitig etwas ein: Er tätigt seine „Einsparungen“ in erster Linie auf dem Rücken des Mittelstandes.
- Rund die Hälfte der Sparmaßnahmen werden letztlich von der Mittelschicht getragen, ein Drittel von der öffentlichen Hand und knapp ein Fünftel von den Vermögenden.
- „Ausgabenseitig“ zu sparen bedeutet daher einen Einnahmenverlust bei vielen einzelnen Menschen bzw. für Klein- und Mittelbetriebe.
- Dennoch trägt die Bevölkerung die Maßnahmen dann mit, wenn wirkliche Strukturreformen mit diesen zugeordneten Einsparungen folgen.

Institutsleiter Prof. Peter Zellmann: „Die Bevölkerung vermisst den großen Wurf und sieht sich trotzdem vor allem jeweils individuell betroffen.“

Wir beschäftigen uns in diesem Forschungstelegramm nicht mit aktuellen Datenerhebungen, sondern mit einem aktuellen politischen Thema, nämlich dem Sparpaket der österreichischen Bundesregierung, weil dies für die Zukunft unserer Gesellschaft wahrscheinlich weichenstellend ist. Wir beziehen zu den vorgestellten Sparmaßnahmen Stellung, um Ungereimtheiten aufzuzeigen und zur weiteren Diskussion anzuregen.

Grundlagen dieser Analyse sind:

- die Verarbeitung der Medienberichterstattung
- qualitative Forschung (Diskussionsbeiträge, Leserbriefe, Internetforen, Gruppeninterviews)

1. Der Begriff „Sparpaket“ ist falsch:

Es geht nicht um „Sparen“, also das Zurücklegen von vorhandenem Geld für später, sondern um das „Einsparen“. Das bedeutet schlicht und einfach, dass man (vor allem anderen) etwas wegnimmt, um die eigenen Schulden zu verringern.

2. Die „Ausgaben / Einnahmen“ Debatte lenkt vom Kern ab:

Der Ideologiestreit, ob nun 24 % (ÖVP Interpretation) oder 38 % (SPÖ Interpretation) „einnahmenseitig“ (Steuern) für dieses Einsparen aufgebracht werden, zeigt nur,

- erstens, dass offensichtlich nicht einmal die Verfasser des Werks genau wissen bzw. eindeutig definieren können, wie sie die Maßnahmen zuordnen und
- vor allem zweitens, dass das nicht das eigentliche Thema ist, weil diese ideologisch verbrämte Debatte nur die wichtigste Tatsache verschleiert:

Der Staat spart nicht ausgabenseitig etwas ein, wenn er anderen Menschen bisherige Einnahmen oder deren Haushaltsbudget kürzt: Er tätigt seine „Einsparungen“ in erster Linie am Rücken des Mittelstandes. Echte Einsparungen im eigenen Bereich wären z.B. die Abschaffung des Bundesrates, die Verringerung der Verwaltungsebenen, Abbau der Bürokratie, Kürzung der Parteienförderungen etc.

3. In der Realität geht es darum, wer zahlt mehr als bisher bzw. wer verliert Geld indem seine / ihre Einnahmen verringert werden:

Das sind jene Menschen, die vom „Sparpaket“ Vorschlag der Regierungsparteien in der Praxis des Alltags betroffen sind: Die mittleren Bevölkerungsschichten, die oft zitierten Durchschnittsmenschen, der Mittelstand!

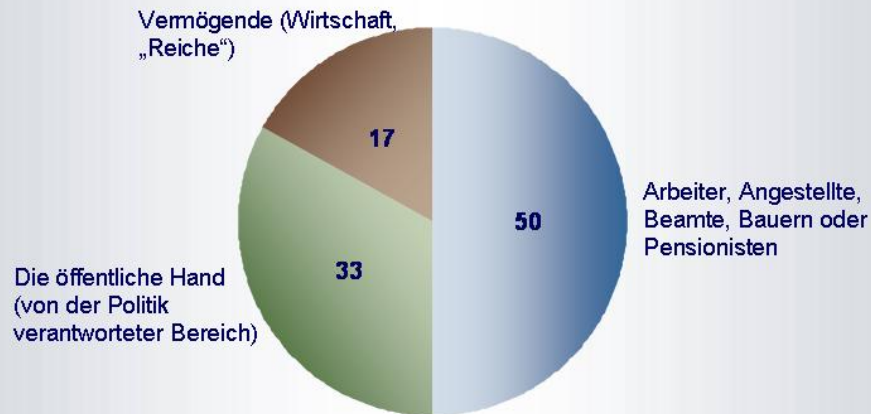
4. Das sind die tatsächlichen Relationen:

Egal, ob Arbeiter, Angestellter, Beamter, Bauer oder Pensionist: Diese Menschen tragen ca. 50 % der vorerst halbwegs klar zuordenbaren Maßnahmen.

Die öffentliche Hand (der von der Politik verantwortete Bereich) trägt 33%.

Die Vermögenden jenseits der Mittelstandsgrenze (Wirtschaft, „Reiche“) tragen 17 %.

Die Sparmaßnahmen des aktuellen Sparpakets der Bundesregierung werden anteilmäßig von folgenden Bevölkerungsgruppen bzw. von der öffentlichen Hand getragen:



5. Die Tricks und Ungereimtheiten:

Sich Ersparnisse an Kreditzinsen bei geringer werdendem Schuldenzuwachs(!) als ausgabenseitiges Sparen zuzurechnen ist höflich ausgedrückt verzeichnend. Zinersparnis gehört nicht ins Sparpaket, sondern ist eine positive Konsequenz daraus.

5,2 Milliarden an Einsparungen im Detail erst mit den Bundesländern aushandeln zu müssen, die ihrerseits von vorneherein auf einem Mehr an Anteil der neuen (zusätzlichen) Bundessteuern bestehen, ist aufklärungsbedürftig: Man kann Einnahmen eigentlich nur einmal verteilen (zuordnen). Anzunehmen ist jedenfalls, dass schlussendlich die Bundesländermaßnahmen an der oben dargestellten Prozentaufteilung nichts ändern werden.

Die Transaktionssteuer mit 1,5 Mrd. zu budgetieren, dann aber auf die EU-Entscheidung darüber warten zu müssen, bestätigt die Unausgereiftheit (Unsicherheit) der Annahmen.

Auch die veranschlagten Einnahmen aus dem „Schweizer Abkommen“ (Steuerflüchtlinge) sind weder vertraglich noch der Höhe nach gesichert.

Die Systemänderung, grundlegende Reformen sind ausgeblieben

Fachkritik und Kritik der Opposition, wo sie sich mit der Bevölkerungsmehrheit trifft:

- *Das Fundament ist nicht fertig* (WIFO Chef Aiginger, ORF 11.2.2012 ZIB)
- *Flickwerk, Stückwerk ohne* (wirkliche, Anm.) *Zukunftsperspektive* (Glawischnig)
- *Man hat den einfachsten Weg gewählt, statt das System zu erneuern* (Bucher)
- Die Politik mit ihrer direkten (inner)betriebswirtschaftlichen Zuständigkeit (Verantwortlichkeit) bleibt vorerst überhaupt ausgeblendet: „Einsparungen unklar“ („Die Presse“ vom 11.2.).

Die ersten diesbezüglichen Ansätze sind eher als Alibihandlungen zu interpretieren: Einsparungspotenzial lt. „Standard“ (11.2.): 8 Mio.!

Vorgestellt wurden diesbezüglich bisher:

- Verringerung der Regierungsmitglieder von 18 auf 16
... der Verzicht auf 2 Staatssekretäre ist keine Systemänderung
- Verkleinerung des Bundesrates von 62 auf 58 (ev. 41 Abgeordnete)
... statt bereits angedachter Abschaffung
- Verkleinerung des Nationalrates von 183 auf 165 Mitglieder
... eine „Reform“ auf die Basis des Standes der 1970er Jahre

Was noch zu beachten ist:

- Der Staat zahlt keine Dienstgeberabgaben, also auch nichts in den Pensionspotopf:
Das verzeichnet die Kalkulation und Interpretation der Pensionsproblematik. Nicht „die Beamten“ (einzelne Menschen) sind das Problem, sondern es ist die staatliche Verwaltung bzw. die dafür verantwortlichen politischen Parteien mit ihren verzeichnenden, oft manipulierenden Darstellungen.
- Zu relativieren ist in diesem Systemzusammenhang auch noch einmal die Darstellung mit der Bezeichnung aus Sicht des Staates „ausgabenseitig“ zu sparen: Das bedeutet zum überwiegenden Teil einen Einnahmenverlust bei vielen einzelnen Menschen, bzw. für Klein- und Mittelbetriebe.

Eingespart wurden und werden in dieser Hinsicht häufig individuelle Förderungen, Transferleistungen, Gesundheitsleistungen und voraussichtlich zunehmend Dienstleistungen für uns BürgerInnen.

- Ausgabenseitig in dieser Form bedeutet „sparen“ beim Lebensstandard und der Lebensqualität der Menschen: Arbeiter, Angestellte, Bauern, Beamte, Selbstständige, Pensionisten, indem man ihnen etwas wegnimmt, also ihr jeweiliges Haushaltsbudget verkleinert.

Kritisiert werden in diesem Zusammenhang nicht so sehr die meist notwendigen Maßnahmen, sondern die Art der Bezeichnung und das dadurch verdeckte Missverhältnis zu den tatsächlichen Ausgaben der öffentlichen Hand (Politik).

Fazit:

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden von einer Bevölkerungsmehrheit dann mitgetragen und gut geheißen, wenn in einem zweiten Schritt das politisch administrative System bei sich selbst in großem Stil den eigentlichen Sparstift ansetzt, wenn grundlegende Strukturreformen folgen.

Dazu gehören aus Bevölkerungssicht die Politikbereiche

Förderungen / ÖBB / Spitalsreform /
Gesundheitsreform / Krankenkassenzusammenlegung
Verwaltungsreform / Föderalismus
(Bund/Länderkompetenzen, weniger Ebenen, Schulorganisation..)
Demokratiereform / Transparenzinitiative
Grundlegende Strukturreform im Pensionssystem
Steuerreform (Vereinfachung)